

WIRTSCHAFT

Kommentar

Störmanöver

Katar Das Emirat könnte das Interesse an Porsche verlieren. Von Michael Heller

Konstruktive Vorschläge lesen sich anders. Der Plan, mit dem Porsche vorgeblich vor dem Untergang bewahrt werden soll, ist nichts anderes als ein Störmanöver. Schon vor einigen Wochen hatte der Porsche-Miteigener und VW-Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch, der auch hinter dem jüngsten Vorstoß vermutet werden darf, einen ähnlichen Vorschlag gemacht. Die Antwort war ein klares Nein. Ein wesentlicher Grund für die Neuaufgabe – absichtsvoll an Porsche-Chef Wendelin Wiedeking vorbeimanövriert – scheint die Absicht zu sein, die Verhandlungen von Porsche mit dem Emirat Katar zu stören. Offenbar behagt Piëch ein neuer, großer Mitspieler bei VW und Porsche überhaupt nicht. Dass es in dem Emirat zu Irritationen kommt, ist mehr als wahrscheinlich. Denn die Araber wollen viel Geld investieren und werden deshalb genau darauf achten, dass ihre Interessen gewahrt werden. Das scheint in dem Interessenknäuel Porsche-VW gegenwärtig aber kaum möglich zu sein. Und je lauter die Wortgefechte werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Katar das Interesse verliert – es gibt schließlich genug Alternativen.

Natürlich ist es richtig, dass schon viel zu lange über den Zusammenschluss der beiden Autohersteller diskutiert und verhandelt wird. In solchen Fällen ist ein wenig Druck bisweilen heilsam. Aber mit Ultimaten – ob sie nun so genannt werden oder nicht – lässt sich keine einvernehmliche Lösung erreichen. Niemand in diesem Konflikt ist aber so stark, dass er seine Interessen gegen alle Widerstände durchsetzen könnte. Deshalb spricht alles dafür, den Konsens zu suchen. Die Politik, namentlich die Ministerpräsidenten Günther Oettinger und Christian Wulff, könnten dabei helfen. Aber sie verstehen sich leider nur als Vertreter von Standortinteressen.

Berlin geht auf Sparkassen zu

Risikopapiere Die Koalition will am Freitag das „Bad-Bank“-Gesetz verabschieden. Von Roland Pichler

Nach langem Ringen um die Auslagerung von riskanten Wertpapieren der Banken steht dem „Bad-Bank“-Gesetz nichts mehr im Wege. Die Große Koalition hat in Gesprächen mit den Ländern eine Reihe von Streitpunkten geklärt. „Wir sind auf gutem Weg“, sagte der CDU-Finanzpolitiker Otto Bernhardt auf Anfrage. Die Koalition sei sich im Wesentlichen einig. Letzte Verhandlungen sollten gestern Abend stattfinden. Damit kann der Bundestag am kommenden Freitag die „Bad-Bank“-Lösungen beschließen.

SPD und Union verständigten sich darauf, den Sparkassen entgegenzukommen. Die Sparkassen sowie die kommunalen Spitzenverbände hatten sich über eine Ungleichbehandlung beschwert. Grund dafür ist, dass beim „Bad-Bank“-Modell für Landesbanken die Eigentümer für mögliche Verluste haften sollen. Dazu sehen sich die Sparkassen nicht in der Lage. Die Koalition geht auf die Bedenken ein und begrenzt die Haftung der Sparkassen. Nach StZ-Informationen soll auf die sogenannte Anstaltslast der Sparkassen zurückgegriffen werden. Sie besagt, dass die Eigentümer für die Landesbanken haften. Es ist geplant, dass die Sparkassen nur für faule Wertpapiere und nichtstrategische Geschäftsteile haften, die von den Landesbanken bis 2005 erworben worden sind. Für danach entstandene Risiken steht der Bund gerade.

Die Sparkassen haben in den Verhandlungen darauf verwiesen, dass sowohl die Gewährträgerhaftung als auch die Anstaltslast auf Betreiben der EU-Kommission abgeschafft worden sei. „Eine Heranziehung von Sparkassen würde der Wiedereinführung der Anstaltslast gleichkommen“, kritisieren Sparkassen und Kommunalverbände in einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden Kauder (CDU) und Struck (SPD).

Kontakt

Wirtschaftsredaktion
Telefon: 07 11/72 05-12 11
E-Mail: wirtschaft@stz.zgs.de

PORSCHÉ-KURS ZIEHT AN – AUF UND AB BEI VOLKSWAGEN

Tagesverlauf der Porsche-Aktie
Angaben in Euro, Xetrahandel

StZ-Grafik: zap

Tagesverlauf der Volkswagen-Aktie
Angaben in Euro, Xetrahandel

StZ-Grafik: zap

Quelle: comdirect



Ob es zwischen Porsche und VW zum Knall kommt, ist weiter offen. Die Montage zeigt einen Porsche Cayenne und einen VW New Beetle beim Crashtest. Fotos: AP, Werkfoto Montage: Schlösser

Porsche weist Angebot von VW zurück

Übernahme Ein Einstieg von VW bei Porsche stößt in Stuttgart auf Ablehnung. Die Idee gilt als unausgegoren. Von Michael Heller

Volkswagen ist nach Berichten vom Wochenende bereit, für eine Beteiligung in Höhe von 49,9 Prozent an dem Sportwagenhersteller Porsche drei bis vier Milliarden Euro zu zahlen. Bis jetzt liegen die Anteile komplett bei der Porsche Holding; beide Unternehmen sind durch einen Beherrschungsvertrag verbunden. Porsche lehnt die Offerte rundherum ab. Das Angebot wurde Porsche-Aufsichtsratschef Wolfgang Porsche nach Angaben eines Sprechers in der vorigen Woche per Kurier zugestellt; der Vorstandsvorsitzende Wendelin Wiedeking war nicht Adressat. Noch am Wochenende hat sich Wolfgang Porsche zusammen mit dem stellvertretenden Aufsichtsratschef Uwe Hück, Vorsitzender des Betriebsrats, gegen Ton und Inhalt des Schreibens, das als Ultimatum gewertet wird, zur Wehr gesetzt: „Erpressen lassen wir uns nicht. Das hilft niemandem. Es schadet der Sache. Das ist nicht der Stil, der Gemeinsamkeiten fördert.“

Porsche ist gegenwärtig mit knapp 51 Prozent an Volkswagen beteiligt und hatte ursprünglich das Ziel, auf 75 Prozent zu kommen. Davon sind die Stuttgarter zwischenzeitlich abgerückt, weil im Zuge der

VW-Übernahme Schulden von neun Milliarden Euro aufgetürmt wurden. Durch den Teilverkauf von Porsche an die Wolfsburger würden die Schulden auf den ersten Blick zwar sinken, aber der Sportwagenhersteller hält den Weg für nicht gangbar. Denn nach Angaben eines Sprechers würde in solch einem Fall der Kredit eines Bankenkonsortiums über 10,75 Milliarden Euro sofort fällig. Dies stehe im Kreditvertrag. Zudem müsste der Beherrschungsvertrag gelöst werden, der eine gemeinsame Kasse und Führung ermöglicht; so ist in beiden Unternehmen Holger Härter Finanzvorstand und Wendelin Wiedeking Chef.

Wie zu hören ist, hat bei Wolfgang Porsche auch die Höhe des Angebots Verärgerung ausgelöst. Die Porsche AG würde danach mit sechs bis acht Milliarden Euro bewertet. Ein Gutachten auf Basis der mittelfristig zu erwartenden Erträge kommt nach StZ-Informationen jedoch auf einen Wert von zwölf Milliarden Euro. Einen Einstieg von VW bei Porsche hatte der Porsche-Miteigener und VW-Aufsichtsratsvorsitzende Ferdinand Piëch vor einigen Wochen schon einmal ins Spiel gebracht; er wird auch hinter dem jüngsten Vorstoß ver-

mutet. Bei einer VW-Fahrzeugpräsentation hatte Piëch auf die Frage, ob Porsche elf Milliarden Euro wert sei, gesagt: „Das ist sicherlich ein paar Milliarden zu hoch gegriffen – ‚paar‘ großgeschrieben.“

Porsche will seine finanziellen Probleme mit Hilfe des Emirats Katar lösen. Der Staatsfonds des Emirats Katar (QIA) hat nach Angaben von Porsche schriftlich einen Einstieg bei dem Stuttgarter Unternehmer angeboten. „Uns liegt ein Angebot der QIA vor, das den Einstieg bei der Porsche Holding SE beschreibt und den Kauf der Optionen auf VW-Aktien“, sagte ein Porsche-Sprecher gestern Abend. „Jetzt wird über den Preis verhandelt.“ Das Ange-

bot sei die Grundlage für die weiteren Verhandlungen, sagte der Sprecher. Eine Entscheidung müsse innerhalb der Eigentümer-Familien Porsche und Piëch diskutiert werden. In welcher Höhe die Investitionen aus Katar sich an der Porsche SE beteiligen sei noch nicht klar. Nach einer Vereinbarung der Familienzweige Porsche und Piëch von Anfang Mai soll aus Porsche und VW ein integrierter Automobilkonzern entstehen. Die Details sind noch offen. Nach einem Bericht des Magazins „Spiegel“ könnte die Familie Porsche/Piëch letztlich mehr als 40 Prozent der Aktien halten, Niedersachsen 20, Katar rund 15 und ein weiterer Staatsfonds fünf Prozent.

DIE WICHTIGSTEN AKTEURE IM MACHTKAMPF

Wendelin Wiedeking Der 56-jährige Porsche-Chef kämpft für die Unabhängigkeit des Sportwagenbauers. Die VW-Übernahme sollte der Höhepunkt seiner Karriere werden. Der Traum platzte, weil die EU das VW-Gesetz doch nicht gekippt hat.

Wolfgang Porsche Der 66-jährige Porsche-Aufsichtsratschef und Enkel des Autopioniers Ferdinand Porsche agiert

am liebsten hinter den Kulissen, um das Lebenswerk des Großvaters fortzuführen. Er ist Sprecher des Familienclans, der die Mehrheit an dem Sportwagenbauer hält.

Ferdinand Piëch Der 72-jährige VW-Aufsichtsratschef und Porsche-Miteigentümer ist ein Machtmensch. Er sprach sich für Wolfsburg als Sitz eines neuen Autogiganten aus VW und Porsche aus.

Piëch selbst würde damit die Fäden in der Hand halten.

Christian Wulff Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (50) ist der Joker im Porsche-Machtkampf. Er hat die Bundeskanzlerin auf die Seite der Befürworter des VW-Gesetzes gezogen. Dadurch ist die Veto-Macht Niedersachsens bei VW gesichert, obwohl das Land nur 20 Prozent der Anteile hält. dpa

Der Landesbank steht eine Hängepartie bevor

Kapitalhilfen Brüssel könnte der LBBW hohe Hürden auferlegen. In Stuttgart hofft man auf ein vernünftiges Ergebnis. Von Andrea Gregor

Für die EU-Wettbewerbskommission in Brüssel sind die obersten Vertreter der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) keine Unbekannten. Schon als es um die Übernahme der existenzgefährdeten SachsenLB ging, mussten Oettinger & Co. der strengen Hüterin marktwirtschaftlicher Prinzipien, Neelie Kroes, erklären, warum die schwäbischen Rettungsmaßnahmen in Sachsen EU-konform sind. Damals, im Juni 2008, ging es glimpflich aus. Dem LBBW-Konzern wurden keine einschneidenden Auflagen gemacht.

Dass die Prüfung dieses Mal, wo die Kapitalerhöhung von fünf Milliarden Euro und die staatliche Risikoabschirmung über 12,7 Milliarden Euro von der Kommission gebilligt werden muss, auch so ausgeht, ist unwahrscheinlich. Brüssel könne keine beliebigen Forderungen stellen, macht man sich in Kreisen der Bankeigentümer Mut. „Es muss vernünftig bleiben.“ Doch dass Kroes bei anderen sanierungsbedürftigen Landesbanken streng durchgegriffen hat, weiß man natürlich auch in Stuttgart – und fügt hinter vorgehaltener Hand hinzu, dass etwa Nordrhein-Westfalen, das von Brüssel zu einer Zerschlagung der WestLB gezwungen worden ist, auf Gleichbehandlung der Landesbanken gedrungen hätten.

Die Konzessionen, mit denen Politik und Sparkassen die Brüsseler Beamten milde stimmen wollen, mag in Stuttgart verständlicherweise niemand öffentlich machen. Kroes müsste aber anerkennen, dass die LBBW mit der Integration der problembeladenen Landesbanken in Mainz und Leipzig schon einen ansehnlichen Konsolidierungsbeitrag geleistet habe, heißt es.

Voraussichtlich entscheidet die Kommission morgen über Kosten und Bedingungen für die LBBW-Stützungsmaßnahmen. Böse Überraschungen mussten die Eigentümer bereits hinnehmen: Statt der angeblich zunächst signalisierten 100 Millionen Euro Gebühren für den Risikoschirm, die die LBBW an das Land zahlen muss, verlangt Brüssel nun 330 Millionen Euro. „Das ist ein Hammer“, lautet der Kommentar am Finanzplatz. Da bleibt nur die Hoffnung, dass die LBBW alles daran setzt, dass der Schirm möglichst schnell wieder geschlossen werden kann, sprich weniger als die eingeräumten fünf Jahre braucht, um die betroffenen Risikopapiere – darunter Altlasten der SachsenLB – abzubauen. Und

auch mit der voraussichtlich geforderten Ausschüttung auf das neue Stammkapital von zehn Prozent – 500 Millionen pro Jahr – haben die Planer bei der LBBW nicht gerechnet. Sollte Brüssel auf dieser Ausschüttung an Land, Stadt Stuttgart und Sparkassen bestehen, würden diese unter Umständen auf die reguläre Gewinnabführung aus dem „alten“ Stammkapital (knapp 86 Millionen Euro) und die Rendite aus der stillen Einlage (etwa 280 Millionen Euro) verzichten, ist zu hören. In diesem Fall würde die Bank sogar um gut 160 Millionen Euro bei der Gewinnabführung entlastet.

Dennoch: Inklusive Gebühren für den Risikoschirm müsste das Institut jedes Jahr 830 Millionen Euro verdienen, um allein die Hilfen zu bezahlen. Bei einem zuletzt 2,57 Milliarden Euro hohen Verlust vor Steuern ein exorbitant hoher Sanierungsbeitrag. „Wie soll die LBBW das leisten?“, fragt sich in Eigentümerkreisen so mancher besorgt. Die hohen Kosten für die Kapitalhilfen behinderten eine gesunde Entwicklung der Bank, kritisiert SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel. „Das ist auch schlecht für den Mittelstand.“ Ihm ist besonders der Preis für den Risikoschirm ein Dorn im Auge. „Niemand kann heute sagen, wie das Jahresergebnis 2009 aussehen wird“,

„Die Gewinnperspektiven der LBBW bleiben auch zwischen den Jahren 2009 und 2011 düster.“

Die Analysten der Ratingagentur Standard & Poor's